

**friedenszeitung:** Es gibt keine Alternative zum IWF?

**Mascha Madörin:** Die einzige Alternative ist wohl mittelfristig, dass sich Ost- und Südländer in Koalitionen zusammenschliessen und gewisse Forderungen verweigern können. Wenn sie sich besser koordinieren könnten, bestünde eine gewisse Möglichkeit, die Macht des IWF einzuschränken.

**friedenszeitung:** Warum will die Schweiz nun dem IWF beitreten?

**Mascha Madörin:** Es gibt einen Grundsatzentscheid, den der Bundesrat 1982 gefällt hat, der Uno-Beitritt, IWF- und Weltbank-Beitritt umfasst. Da ist auch ein Teil der SP dabei, die richtig argumentiert, dass der Isolationismus der Schweiz schädlich war für die Aussenpolitik des Landes. Aussenpolitik wurde entpolitisiert, zum Teil weil die Schweiz nicht in den internationalen Institutionen beteiligt war. Der Uno-Beitritt wurde vom Bundesrat vorgezogen und in einer Abstimmung gründlich bachab geschickt. In den 80er Jahren hat die Zusammenarbeit Schweiz-Weltbank und Schweiz-IWF stark zugenommen, und so wurde dies nun vorgezogen. Eine wesentliche Rolle spielte auch der Zusammenbruch der Oststaaten in dem Sinn, dass die Schweiz sich mit einer Gruppe zusammenschliessen kann und Exekutivchancen hat.

**friedenszeitung:** Warum ist das so wichtig?

**Mascha Madörin:** Das Exekutivgremium macht die Politik des IWF. Mit ihrem Gerangel um einen Exekutivplatz hat die Schweiz ihre herkömmliche Aussenpolitik nur wiederholt, nämlich dieses Anbieten an die Mächtigen, um mitmischen zu können. Wenn die Schweiz mit einem Programm gekommen wäre, das weitergegangen wäre, als was in der Botschaft steht, was sie vertreten will, und als gewöhnliches Mitglied dem IWF beigetreten wäre, hätte ich wahrscheinlich viel mehr gezögert bezüglich einem Referendum.

**friedenszeitung:** Das musst Du genauer erklären: Der Anspruch besteht doch klar, dass die

Schweiz sich möglichst viele Einflussmöglichkeiten bewahren will und nicht als einfaches Mitglied beitreten will.

**Mascha Madörin:** Ich finde es nicht mehr zulässig, wenn ein Industrieland heute Sonder-

**Ein Referendum muss in grössere Zusammenhänge gestellt und kann nicht rein schweizerisch betrachtet werden**

rechte im IWF haben will. Weiter stellt sich doch auch für die Zukunft der Schweiz die Frage, ob man noch am Sonderfall festhalten kann. Ich meine, man müsste die Bündnisfrage mit Kleinststaaten in Europa diskutieren. Diese Frage stellt sich auch in der EG. Es müsste die Rolle der Schweiz diskutiert werden, die dieses kleine

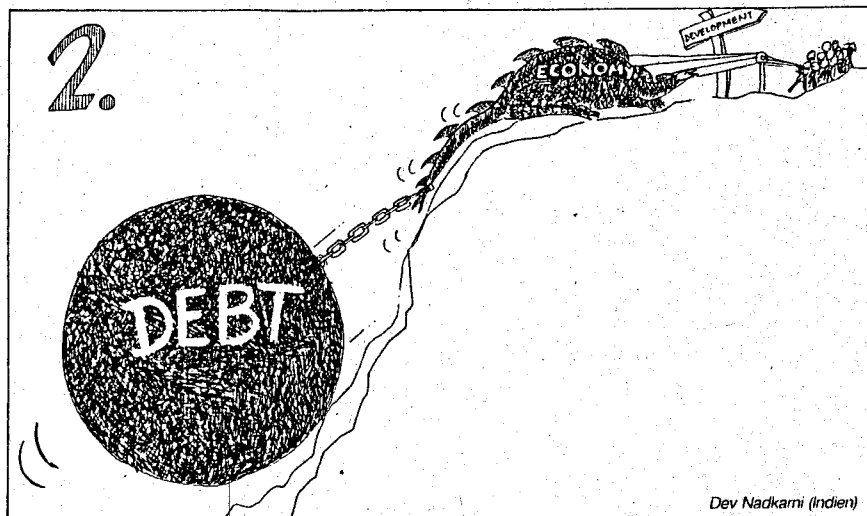
Land, das eine relativ starke Wirtschaft hat und auch finanzplatzmässig von Bedeutung ist, in multinationalen Organisationen hat. Mit der Art und Weise, wie die Schweiz sich diesen Exekutivplatz zu ergattern sucht, geht sie Bündnisse ein, die meiner Meinung nach weiterhin die alte rechtskonservative Aussenpolitik der Schweiz bestätigen.

**friedenszeitung:** In der Botschaft wird immer wieder betont, dass die jetzige staatliche Entwicklungspolitik sehr stark geprägt ist von der Weltbank. Heisst das, dass nur noch über die Weltbank gewisse Entwicklungsgelder verteilt werden können?

**Mascha Madörin:** Einige VertreterInnen der etablierten Hilfswerke und des DEH – auch in höheren Etagen – sind gegen den Beitritt der Schweiz zu IWF und Weltbank, weil die Schweiz durch einen Nichtbeitritt in Kofinanzierungen von Projekten eine viel stärkere Position hat. Die Weltbank, so kritisieren sie, ist arrogant, hierarchisch in Entscheidungsprozessen. Die Möglichkeit, kleinere Projekte durchzuführen, würde reduziert. Die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit ist in der Regel basisorientierter als Weltbank-Projekte.

Die Weltbank ist eine ganz normale Bank, die einfach ein bisschen anständigere Zinsen gibt. Sie gilt als sicher, weil das Aktienkapital von Regierungen kommt und eine Risikosicherung durch Regierungen besteht. So kann sie relativ günstig Geld auf dem Weltmarkt aufreiben, weil sie einen guten Ruf hat und als sichere Institution gilt. Meiner Ansicht nach ist es problematisch, die Weltbank als entwicklungspolitische Organisation zu bezeichnen. Als entwicklungspolitisch sollten nur noch Schenkungen bezeichnet werden. Wenn die Weltbank zum Beispiel ein gutes Schulprojekt in einem Armenviertel in der dritten Welt finanziert, macht sie das mit Dollars und mit Zinsen. Das heisst, dass das Land seine Exporte erhöhen muss, um das Darlehen und die Zinsen zahlen zu können.

Die Weltbank sollte im Prinzip nur Projekte finanzieren, die Importe einsparen oder Exporte



Dev Nadkarni (Indien)

Fortsetzung von Seite 19

fördern. Mit Krediten in Devisenform Sozialprojekte zu finanzieren ist wegen der Verschuldungsgefahr problematisch. Die Möglichkeiten der Weltbank, entwicklungspolitische Unterstützungen überhaupt zu gewähren, sind daher in Wirklichkeit sehr beschränkt

**Es ist bedenklich, wie heute über Verschuldung in der Botschaft und in der Arbeitsgemeinschaft der Hilfswerke geredet wird.**

*friedenszeitung:* Wieso aber soll die Schweiz nicht beitreten? Wieso das Referendum?

**Mascha Madörin:** Für mich sind es zwei Punkte, die für ein Referendum sprechen: Erstens entsteht eine öffentliche Debatte, die die tatsächlichen Probleme offenlegt, das bezieht sich nicht nur auf die Politik des IWF, sondern auch auf die schweizerische Aussenpolitik. Ich finde es ganz bedenklich, wie die Schweiz vorgegangen ist, um eine genügend hohe Quote und damit mehr Stimmrecht zu erhalten. Da hat sie sich bei den kleinen europäischen Ländern völlig unbeliebt gemacht. Bundesrat Stich musste Entschuldigungsbriefe an die Finanzminister von Dritt-Weltländern schreiben, weil die erobert waren über die hohen Stimmrechtsforderungen der Schweiz.

Ich glaube nicht, dass sich Wesentliches ändert, wenn die Schweiz dabei ist. Ich finde, dass die Diskussion falsch läuft und politisch in eine gefährliche Richtung geht. Bei der EG und beim IWF kommt ein Expertendiskurs auf, bei dem alles als objektiv notwendig, vernünftig und politisch neutral dargestellt wird. Es geht um den Anspruch der Industrieländer, d.h. der weisen Männer, die Welt zu managen. Ich kann das als eine Frau, die in der entwicklungspolitischen Basisarbeit tätig ist, nicht vertreten. Ich finde, es muss ein Entscheid an der Urne gefällt werden.

**Für mich ist ein Ziel, Aussenpolitik zur innenpolitischen Frage zu machen.**

Doch letztlich geht es darum, ein aussenpolitisches Selbstbewusstsein aufzubauen. Und weiter muss ich noch einmal betonen, dass es bedenklich ist, wie heute über Verschuldung in der Botschaft und in der Arbeitsgemeinschaft der Hilfswerke geredet wird. Die entwicklungspolitische Basis, die wichtig ist für die Hilfswerke, auch finanziell, muss hier ganz klar ein Signal setzen.

Zweitens muss berücksichtigt werden, dass die internationalen Netzwerke, die gegen IWF und Weltbank kämpfen, nicht begreifen würden, wenn die Solidaritätsbewegungen und die ent-

wicklungspolitische Szene keine Opposition gegen IWF und Weltbank anmelden würden. Ein Referendum muss in grössere Zusammenhänge gestellt und kann nicht rein schweizerisch betrachtet werden.

*friedenszeitung:* Das Argument für ein Referendum leuchtet noch nicht ein: wenn nicht viel ändert, warum tritt die Schweiz nicht bei?

**Mascha Madörin:** Ich habe ein politisches Verhältnis zur Politik in dem Sinn, dass es nicht nur eine Frage der richtigen oder falschen Inhalte ist, sondern Politik ist immer auch eine Frage der politischen Beteiligung der Bevölkerung, also der Demokratie. Für mich ist ein Ziel, Aussenpolitik zur innenpolitischen Frage zu machen. Es geht um den Anspruch, mitzureden. So finde ich es wichtig, dass SP, Erklärung von Bern und die Arbeitsgemeinschaft der Hilfswerke Bedingungen gestellt haben, auch in bezug auf Öffentlichkeit. In der Botschaft wird offen gelassen, in welcher Form ausserparlamentarische entwicklungspolitische Organisationen einbezogen werden sollen. Die Verantwortung gegenüber dem Ausland können wir nur wahrnehmen, wenn Aussenpolitik auch demokratisiert wird.

Ein weiterer Grund für das Referendum ist auch, dass von den etablierteren Hilfswerken und Bundesinstitutionen eine Politik gemacht wird aufgrund der Hypothese, die Mehrheit der Bevölkerung sei konservativer als sie selbst. Ich selbst denke, die Schweizer Bevölkerung wäre weniger konservativ, wenn sie um ihre Meinung gefragt würde.

**Ich finde es wichtig, dass SP, Erklärung von Bern und die Arbeitsgemeinschaft der Hilfswerke Bedingungen gestellt haben.**

*friedenszeitung:* Die andere Haltung besagt wir gehen hinein und vertreten dort eine progressivere Politik. Gerade die Hilfswerke vertreten doch diese These.

**Mascha Madörin:** So wie jetzt Aussenpolitik funktioniert, glaube ich nicht daran, dass die



**Verteilung der Stimmrechte im IWF**

	1974 %	1970 %	1981 %	1990 %	(ab Mai) Anz. Länder
USA	33	21	20	19,1	1
übrige Industrieländer	37	41	39	43,6	22
<b>Alle Industrieländer</b>	<b>68</b>	<b>62</b>	<b>59</b>	<b>62,7</b>	<b>23</b>
Entwicklungsländer	21	36	38	35,2	123 (inkl. China)
China	7	2	ca. 3		
Staatshandelsländer (ab 1990 Osteuropa)	3	-	ca. 1	ca. 2	3
<b>Rest der Welt</b>	<b>31</b>	<b>38</b>	<b>61</b>	<b>37,2</b>	<b>126</b>
<b>Total</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	

Ein paar wenige kleine Länder sind bei 1990 nicht mitgezählt. Die USA haben zusammen mit der BRD, Japan, Frankreich und England 41,8 Prozent der Stimmen (vor der Quotenerhöhung vom Mai 1990 40,8%). Für wichtige Entscheide (zum Beispiel Veränderung des Stimmrechts) ist ein Mehr von 85 Prozent nötig.  
Quellen: R. Gerster, Fallstricke der Verschuldung, Basel 1982; epd-Entwicklungspolitik, Aktueller Beitrag 7/90

Schweiz als besonders fortschrittlich hervorstechen wird. Sie wird im besten Fall in den Durchschnittsreihen der europäischen Länder sein. Doch finde ich die Haltung richtig, dass es nicht um die Frage geht, wie gut sind IWF und Welt-

**Die Stimmung für ein Referendum ist stärker, als ich mir vorgestellt habe.**

bank, sondern es geht darum, ob wir der Schweizer Regierung gewisse Verpflichtungen aufzwingen können.

**friedenszeitung:** Du trittst eindeutig gegen diese Vorlage ein.

**Mascha Madörin:** Das trifft so zu. Doch möchte ich vor einem Referendumsentscheid noch die Debatten in Stände- und Nationalrat abwarten und sehen, was für Änderungen noch vorgenommen werden und wie die Fronten verlaufen. Doch tendenziell bin ich für ein Referendum und für eine Nein-Parole im jetzigen Zeitpunkt.

**friedenszeitung:** Was denkst Du zu den Bedingungen, die SP und Hilfswerke stellen?

**Mascha Madörin:** Die Bedingungen von der SP betrachte ich als brauchbar. Die Bedingungen der Arbeitsgemeinschaft der Hilfswerke finde ich zu reduziert. Sie haben im Prinzip drei Bedingungen aufgelistet: Erstens soll nicht an der Entwicklungshilfe gespart werden, zweitens soll das Entwicklungszusammenarbeitengesetz als politische Verpflichtung einbezogen werden und drittens sollen Formen für Öffentlichkeit geschaffen werden. Die einzige Bedingung, die nun gesetzlich verbindlich ist, ist die zweite, doch ist sie entschärft worden, denn es steht nur, das Entwicklungszusammenarbeitengesetz müsse berücksichtigt werden. Die beiden andern Punkte sind als Absichtserklärung des Bundesrates in der Botschaft aufgenommen worden.

Konkret steht, dass eine Erhöhung der Entwicklungshilfe von 0,3 auf 0,4 Prozent des Bruttosozialprodukts erfolgen solle und dass in entwicklungspolitischen Fragen Konsultationen beachtet seien.

Die SP verlangt weiter die Schuldenstreichung im Rahmen einer internationalen Schuldenkonferenz, eine Stimmrechtsumverteilung und Struktur Anpassungen im Norden, neben sozialen Bedingungen. Die drei Punkte sind nicht einmal erwähnt in der bundesrätlichen Botschaft. Die SP begrüsst im übrigen den Sitz im Exekutivrat. Zur Zeit umfasst der Exekutivrat 22 Sitze, Bundesrat Stuch spekuliert, dass ein weiterer Sitz geschaffen wird, wenn neue Länder dem IWF beitreten. Sollte dies nicht eintreten, rechnet die Schweiz mit einem alternierenden Sitz, das hiesse konkret, dass ein anderes europäisches Land zurücktreten müsste.

**Die SP verlangt die Schuldenstreichung im Rahmen einer internationalen Schuldenkonferenz.**

**friedenszeitung:** Wer unterstützt das Referendum?

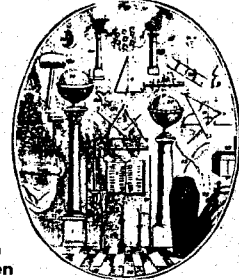
**Mascha Madörin:** Alle sind sich einig, dass mit der Lancierung des Referendums abgewartet wird, bis die Debatte vorbei ist. Die kleineren Hilfswerke und die entwicklungspolitische Szene ist an dieser Debatte sehr interessiert. Die Stimmung für ein Referendum ist stärker, als ich mir vorgestellt habe. Ich bin aber nur für ein Referendum, wenn eine breite Koalition entsteht.

Mit Mascha Madörin sprachen Claudia Gähwiler und Peter Weishaupt in Zürich.

Inserat



Versandbuchhandlung  
Postfach, 8912 Obfelden  
Tel. 01/761 75 85



**Peter Wendlich  
Die Unfehlbaren**

Die Geheimnisse exklusiver Klubs, Logen und Zirkel  
217 S., Schweizer Verlagshaus, geb. Fr. 39.80

Die exklusiven Klubs, Zirkel und Logen untersucht der Autor in diesem kritischen und informativen Report. Die geheimen Männerbünde huldigen nicht mehr nur einem erklärten Humanismus und Liberalismus, sondern dienen heute vor allem zum Aufbau weltweiter Beziehungsnetze. In diesem Handbuch finden sich Informationen zu Entstehung, Geschichte, Ziel und Mitgliederstruktur von Logen, Klubs und Zirkeln ebenso wie aktuelle Zahlen, Eintrittsbedingungen und Adressen für den deutschsprachigen Raum.

**Diether Döring/Walter Hanesch/  
Ernst-Ulrich Huster (Hg)  
Armut im Wohlstand**

402 S., ed. sulrirkamp 1595 Fr. 22.—

Der vorliegende Band versucht, Armut in ihrer tatsächlichen Komplexität darzustellen. Armut erscheint dabei als extreme Ausprägung der ungleichen Verteilung ökonomischer "Ressourcen" und gesellschaftlicher "Lebenslagen". Einen neuen Ansatz stellt vor allem der Versuch dar, Armut als Benachteiligung bzw. Unterversorgung in zentralen Lebensbereichen zu erfassen. Eine solche "Lebenslagenorientierte" Sicht- und Zugangsweise wird exemplarisch für die Lebensbereiche Arbeit, Ausbildung, Wohnen, Gesundheit sowie Alter und Pflegebedürftigkeit vorgestellt.

**Juan Acevedo  
Kolumbus' Erben**

Cartoons aus Lateinamerika  
Grossformat, ca. 72 S., s/w illustriert, AG SPAK, brosch. Fr. 20.—

Juan Acevedo ist nicht nur einer der engagiertesten, sondern auch bekanntesten Zeichner und Karikaturisten Lateinamerikas. Schonungslos deckt Acevedo mit seinen Zeichnungen das koloniale Erbe im Denken und Verhalten des lateinamerikanischen Bürgertums auf.

**Karl D. Bredthauer/A. Heinrich/  
Klaus Naumann (Hg)  
Krieg für Frieden?**

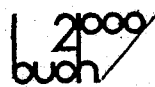
Startschüsse für eine neue Weltordnung  
186 S., Elefant Press, brosch. Fr. 19.80

Sind Kriege (wieder) führbar? Dieses Buch zieht eine politische, ökonomische und ökologische Bilanz des Golf-Konflikts. Experten beschäftigen sich mit der ganzen Breite der Problematik: Geschichte des Nahen und Mittleren Ostens, Vorgeschichte des Golfkriegs, Hintergründe, Motive der Kriegsführung, mögliche Folgen. Ferner enthält der Band Beiträge zur Debatte um den "gerechten Krieg" und um die umstrittene Gleichsetzung "Saddam=Hitler".

TALON: bitte senden Sie mir gegen Rechnung:

Autorin/Autor

Titel



Postfach, 8912 Obfelden  
Telefon 01/761 75 85